

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A**20. Jahrgang**

Ausgegeben zu Düsseldorf am 2. Januar 1967

Nummer 1

An die

Beamten, Angestellten und Arbeiter in der Landes- und Kommunalverwaltung in Nordrhein-Westfalen

Am Ende des Jahres 1966 stehen wir vor einer in mancher Beziehung neuen und unvorhergesehenen Situation. Die politischen Konstellationen in Bund und Land haben sich entscheidend geändert. Die öffentlichen Finanzen sind in Unordnung geraten. Einschneidende Maßnahmen sind hier erforderlich. Die wirtschaftliche Entwicklung gibt begründeten Anlaß zu Besorgnissen. Dies bringt gerade in unserem Land ernste Probleme mit sich. Die Sorge um den Arbeitsplatz spielt erstmals nach den Jahren der Vollbeschäftigung und der steten Aufwärtsentwicklung wieder eine Rolle.

In dieser Situation kommt es entscheidend darauf an, alle Kräfte zu mobilisieren, um das in der Vergangenheit in mühevoller Arbeit Erreichte zu erhalten und unserem Land auch in der Zukunft ein gesundes wirtschaftliches Wachstum zu sichern. Dieses Ziel wird vielleicht nicht ohne persönliche Opfer für jeden einzelnen erreicht werden können. Vor allem wird es aber Aufgabe der Angehörigen des öffentlichen Dienstes sein, mehr als nur ihre Pflicht zu tun, damit den Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Leben in Sicherheit und Wohlstand erhalten bleibt.

Bei allen Schwierigkeiten, denen wir uns heute gegenübersehen, gibt es keinen Grund zur Resignation. Wenn jeder von uns an dem Platz, an den er gestellt ist, sein Bestes gibt und der Verpflichtung eingedenk ist, die ihn als Diener des Staates und des Volkes in besonderem Maße bindet, dann werden wir auch die gegenwärtigen Probleme meistern.

In diesem Sinne verbinde ich meinen Dank für den aufopferungsvollen Einsatz im vergangenen Jahr mit der Bitte, die vor uns liegende Arbeit im neuen Jahr mit Mut und Tatkraft zu beginnen.

Namens der Landesregierung

Der Innenminister

Willi Weyer

Inhalt**I.****Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

| Glied.-Nr. | Datum | Titel | Seite |
|-----------------------|--------------|---|-------|
| 2120 2170 61101 | 8. 12. 1966 | RdErl. d. Innenministers Erteilung amtsärztlicher Bescheinigungen an Körperbehinderte nach dem Einkommensteuergesetz . . . | 3 |
| 6300 | 8. 12. 1966 | Genl. RdErl. d. Innenministers u. d. Finanzministers Ausführung der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) | 5 |
| 814 750 | 23. 12. 1966 | Ergänzung der Richtlinien vom 15. August 1966 über einen Härteausgleich für entgangene Schichten im Steinkohlenbergbau des Landes Nordrhein-Westfalen | 5 |

II.**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

| Datum | Seite |
|--|-------|
| Ministerpräsident | |
| Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland | 5 |
| Innenminister | |
| 9. 12. 1966 RdErl. — Personenstandswesen; Fortbildungskurse in den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln | 8 |
| 9. 12. 1966 RdErl. — Personenstandswesen; hier: Öffentliche Beglaubigung der Einwilligungserklärung des Amtsvormundes zur Namenserteilung oder zur Eheschließung | 9 |
| 13. 12. 1966 RdErl. — Personenstandswesen; hier: Rwandisches Eheschließungsrecht | 9 |
| 13. 12. 1966 Bek. — Änderung des Namens der Gemeinde Reiste, Landkreis Meschede | 9 |
| Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr | |
| 2. 12. 1966 Bek. — Bekanntmachung nach der Wirtschaftsprüferordnung | 9 |
| Landtag Nordrhein-Westfalen | |
| Beschlüsse des Landtags Nordrhein-Westfalen während der 6. und 7. Sitzung (6. Sitzungsabschnitt) am 6. und 8. Dezember 1966 in Düsseldorf, Haus des Landtags | 10 |
| Hinweise | |
| Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen | |
| Nr. 73 v. 9. 12. 1966 | 11 |
| Nr. 74 v. 12. 12. 1966 | 11 |
| Nr. 75 v. 13. 12. 1966 | 11 |
| Nr. 76 v. 15. 12. 1966 | 11 |
| Landschaftsverband Rheinland | |
| 14. 12. 1966 Bek. — Mitgliedschaft in der 4. Landschaftsversammlung Rheinland | 12 |

2120
2170
6:101

I.

**Erteilung amtsärztlicher Bescheinigungen
an Körperbehinderte
nach dem Einkommensteuergesetz**RdErl. d. Innenministers v. 8. 12. 1966 —
VI A 2 — 23.03.67:2

Bei der Einkommenbesteuerung (Lohnbesteuerung) wird Körperbehinderten, denen unmittelbar infolge ihrer Körperbehinderung außergewöhnliche Belastungen erwachsen, auf Grund des § 33 a Abs. 6 und des § 40 Abs. 1 Nr. 4 des Einkommensteuergesetzes (EStG 1965 — BGBl. 1965 I S. 1901 —) auf Antrag ein steuerfreier Pauschbetrag gewährt. Die Höhe des Pauschbetrages richtet sich nach der **dauernden Minderung der Erwerbsfähigkeit** (M. d. E.), soweit diese nicht überwiegend auf Alterserscheinungen beruht. In § 65 Abs. 3 EStDV (BGBl. 1966 I S. 245), entsprechend § 26 Abs. 3 LStDV (BGBl. 1965 I S. 1829), ist bestimmt, daß der Antragsteller die Körperbehinderung und das Ausmaß der M. d. E. nachzuweisen hat. Soweit der Antragsteller den Nachweis nicht durch Vorlage eines amtlichen Ausweises für Schwerkriegsbeschädigte, Schwerbeschädigte oder Schwererwerbsbeschränkte oder — wenn ihm nach den gesetzlichen Vorschriften eine Rente oder andere laufende Bezüge zustehen — eines Rentenbescheides oder eines entsprechenden Bescheides führen kann, hat er eine Bescheinigung der „zuständigen Behörde“ beizubringen. Gleiches gilt, wenn wegen Körperbehinderung aus mehreren Gründen (z. B. Kriegsbeschädigung und typische Berufskrankheit) eine höhere Gesamtmininderung der Erwerbsfähigkeit geltend gemacht wird.

Für die Erteilung der Bescheinigung sind die Landkreise und kreisfreien Städte — **Gesundheitsämter** — zuständig (§ 1 der Verordnung über die Zuständigkeit für die Erteilung ärztlicher Bescheinigungen an Körperbehinderte nach dem Einkommensteuergesetz v. 3. 7. 1962 — GV. NW. S. 418/SGV. NW. 2120 —). Um eine möglichst gleichmäßige Behandlung aller Antragsteller zu erreichen, bitte ich im Einvernehmen mit dem Finanzminister, bei der Begutachtung folgende Hinweise zu beachten:

1. Allgemeines

In Rentenbescheiden der LVA oder BfA ist der Grad der M. d. E. in Prozenten — wie von den Finanzbehörden verlangt — nicht angegeben. Für die Begründung des Anspruchs auf die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (Renten Knappschaftsrenten wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit sowie die Bergmannsrente wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit) ist im Gegensatz zu dem Recht der gesetzlichen Unfallversicherung und zu dem der Kriegsopferversorgung nicht Voraussetzung, daß die Erwerbsfähigkeit des Versicherten um einen bestimmten Vomhundertsatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gemindert ist. Vielmehr ist dem Recht der Rentenversicherung, wie das Bundessozialgericht wiederholt festgestellt hat, eine Bewertung der Erwerbsminderung des Versicherten nach Vomhundertsätzen fremd. Die festgestellten Leiden des Versicherten werden in der Rentenversicherung nicht, wie dies in den Bescheiden der Unfallversicherung und denen der Kriegsopferversorgung geschieht, förmlich anerkannt; denn nicht die einzelnen Leiden sind Grundlage der Rentengewährung, sondern die Auswirkung aller Leiden auf die berufliche Tätigkeit des Versicherten. Neben dem medizinischen Befund ist für die Prüfung der Frage, ob der Versicherungsfall eingetreten ist, noch eine Reihe von anderen Tatbeständen von Bedeutung (u. a. Hauptberuf, Vorbildung, Kenntnisse, Verweiskbarkeit, Vorhandensein von geeigneten Arbeitsplätzen, Höhe der Lohnhälfte im Einzelfall). So ist z. B. ein silikosegefährdeter Hauer, der auf Veranlassung der Bergbau-Berufsgenossenschaft aus vorbeugenden Gründen nur über Tage beschäftigt werden kann, vermindert bergmännisch berufsfähig, obwohl bei ihm u. U. keine meßbare Erwerbsminderung vorliegt.

Da es für die Rentenversicherungsträger also nicht entscheidend ist, wie hoch die in Prozenten gemessene Erwerbsminderung des Rentenbewerbers auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist, wird es für unzumutbar gehalten, daß in den Rentenbescheiden alle Leiden und die durch sie bedingte Erwerbsminderung in Vomhundertsätzen aufgeführt werden. Darüber hinaus erscheint es vom ärztlichen Standpunkt nicht zu verantworten, auf diese Weise den Rentnern ihre oft schweren Leiden bekanntzugeben. Aus den vorerwähnten Gründen sehen die Rentenversicherungsträger auch keine Möglichkeit, den Rentnern Bescheinigungen in der von den Finanzämtern benötigten Form auszustellen. Es bleibt daher nur der Weg, daß die Bescheinigungen durch die **Gesundheitsämter** ausgestellt werden. Die Rentenversicherungsträger werden den Gesundheitsämtern nur dadurch behilflich sein können, daß sie ihnen mit dem Einverständnis des Rentenberechtigten Einsicht in die Rentenakten gewähren oder ihnen Ablichtungen der Rentengutachten zur Verfügung stellen. U. U. ließen sich so neuerliche kostspielige Untersuchungen der Rentner durch die Gesundheitsämter vermeiden.

2. Art der Körperbehinderung und Ausmaß der Minderung der Erwerbsfähigkeit

Zu den Körperbehinderten gehören auch solche Personen, deren Behinderung auf einem geistigen Gebrechen beruht. In den Fällen des § 65 Abs. 2 Ziff. 2 Buchst. b EStDV (Körperbehinderte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von weniger als 50 v. H., aber mindestens 25 v. H., denen wegen ihrer Behinderung Renten oder andere laufende Bezüge nicht zustehen) genügen innere Krankheiten (z. B. Zuckerkrankheit, Herzerweiterung, Lungentuberkulose), Augenleiden, soweit sie nicht zur Erblindung geführt haben, Gehörleiden oder Alterserscheinungen für die Gewährung des Pauschbetrages allein nicht, es sei denn, daß es sich um eine typische Berufskrankheit (vgl. BFH-Urteile v. 14. 1. 1954 — BStBl III S. 86 u. v. 26. 3. 1965 — BStBl III S. 358)*) handelt oder die Krankheit zu einer äußerlich erkennbaren dauernden Einbuße der körperlichen Beweglichkeit geführt hat. Der letztere Begriff ist nicht eng auszulegen. Auch beim Verlust des Sehvermögens auf nur einem Auge liegt eine dauernde äußerlich erkennbare Einbuße der körperlichen Beweglichkeit vor; das gleiche gilt für Gehörlose (vgl. BFH-Urteil v. 22. 11. 1957 — BStBl 1958 III S. 42).

3. Zusammentreffen mehrerer Körperbehinderungen bei einem Steuerpflichtigen

Einem Körperbehinderten, der wegen der Körperbehinderung aus mehreren Gründen Anspruch auf einen Pauschbetrag nach § 65 Abs. 1 EStDV hat (z. B. als Kriegsbeschädigter und als Unfallbeschädigter), kann der Pauschbetrag nur einmal gewährt werden. Dabei ist jeweils der Grund maßgebend, der zu dem höchsten Pauschbetrag führt. Wird in diesen Fällen eine höhere Gesamtmininderung der Erwerbsfähigkeit geltend gemacht, so muß deren Grad, falls er sich nicht bereits aus den vorgelegten Unterlagen ergibt, besonders nachgewiesen werden, gegebenenfalls durch eine besondere Bescheinigung des Gesundheitsamtes. Das Gesundheitsamt hat bei der Bemessung der Gesamtmininderung der Erwerbsfähigkeit die „Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im Versorgungswesen“ zugrunde zu legen.

4. Blinde und besonders warte- und pflegebedürftige Körperbehinderte

Die Voraussetzungen für die Gewährung des Pauschbetrages für Blinde sowie für besonders warte- und pflegebedürftige Körperbehinderte (§ 65 Abs. 1 letzter Satz EStDV) sind, wenn sie nicht schon aus den amtlichen Ausweisen für Schwerkriegsbeschädigte, Schwerbeschädigte oder Schwerbehinderte oder aus Rentenbescheiden hervorgehen, durch Vorlage eines Bescheides über die Gewährung von Pflege, Pflegezulage oder Pflegegeld nach § 35 des Bundesversorgungsgesetzes, § 558 c der Reichsver-

*) Vgl. Sechste Berufskrankheiten-Verordnung v. 28. 4. 1961 (BGBl. I S. 503).

sicherungsordnung, § 138 des Bundesbeamtengesetzes, § 147 LBG nachzuweisen. Ist das nicht möglich, so ist der Nachweis durch eine Bescheinigung des Gesundheitsamtes zu führen. Bei der Beurteilung der Frage, ob der Körperbehinderte blind oder infolge der Körperbehinderung ständig so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, sind die Ausführungen über die Gewährung einer Pflegezulage in den „Anhaltspunkten für die ärztliche Gutachter-tätigkeit im Versorgungswesen“ zugrunde zu legen.

5. Muster für die amtsärztliche Bescheinigung

Die Landkreise und die kreisfreien Städte — Gesundheitsämter — werden gebeten, die Bescheinigung nach folgendem Muster zu erteilen:

Amtsärztliche Bescheinigung

(Nur zur Vorlage beim Finanzamt bestimmt)

Herr/Frau/Fräulein

geb. am wohnhaft in (Ort)

.....
(Straße)

ist heute von mir untersucht worden.

Infolge

liegt — eine dauernde Einbuße der körperlichen Beweglichkeit — eine typische Berufs-krankheit — nicht — vor *).

Die dauernde Einbuße der körperlichen Beweglichkeit ist äußerlich — nicht — erkenn-bar *).

Die Minderung der Erwerbsfähigkeit beträgt

seit v. H. (seit:
..... v. H.).

.....
(Ort)

.....
(Datum)

Der Amtsarzt

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen

Der RdErl. v. 3. 9. 1959 (SMBL. NW. 61101) wird aufge-hoben.

— MBL. NW. 1967 S. 3.

6300

Ausführung der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)

Gem. RdErl. d. Innenministers — III B 3 — 5:11 —
6535/66 — u. d. Finanzministers — I A 1 — Tgb.Nr.
7112/66 — v. 8. 12. 1966

Der Gem. RdErl. v. 26. 1. 1954 (SMBl. NW. 6300) wird wie folgt geändert:

Im Muster 3 a (Gliederung des Haushaltsplans) wird in Epl. 4, Abschn. 48, ein neuer Unterabschnitt

486 Leistungen nach dem Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin

eingefügt.

— MBl. NW. 1967 S. 5.

814

750

Ergänzung der Richtlinien vom 15. August 1966 über einen Härteausgleich für entgangene Schichten im Steinkohlenbergbau des Landes Nordrhein-Westfalen

Vom 23. Dezember 1966

Die Richtlinien über einen Ausgleich der in der Zeit vom 1. März bis 30. Juni 1966 entgangenen Schichten im Steinkohlenbergbau des Landes Nordrhein-Westfalen vom 15. August 1966 (MBl. NW. 1966 S. 1640 / SMBl. NW. 814) werden auf die vom 1. Juli bis 30. November 1966 entgangenen Schichten ausgedehnt und wie folgt geändert:

1. In der Präambel und in den Abschnitten

I Nr. 1, 3, 4, 5

II Nr. 7, 9

III Nr. 11, 12

wird das Datum 30. Juni 1966 jeweils durch das Datum 30. November 1966 ersetzt.

2. Der letzte Satz im Abschnitt I Nr. 6 erhält folgende Fassung:

Die Anträge für die bis zum 30. Juni 1966 entgangenen Schichten sind bis zum 30. September 1966 zu stellen; die Anträge für die ab 1. Juli 1966 entgangenen Schichten sind bis zum 20. Januar 1967 zu stellen.

3. Der Abschnitt II Nr. 10 erhält folgende Fassung:

„Für jedes vom Empfangsberechtigten überwiegend unterhaltene Kind wird ein Zuschlag in Höhe von 1,— DM zum Ausgleichsbetrag gewährt. Maßgeblich ist die Eintragung auf der Lohnsteuerkarte am 30. November 1966, im Falle des früheren Ausscheidens aus einem Arbeitsverhältnis im nordrhein-westfälischen Steinkohlenbergbau die Eintragung am Tage des Ausscheidens.“

4. Satz 1 des Abschnittes III Nr. 16 erhält folgende Fassung:

Eine Ausfertigung der Listen über die Ausgleichsbeträge für die bis zum 30. Juni 1966 entgangenen Schichten ist bis zum 10. Oktober 1966, für die ab 1. Juli bis 30. November 1966 entgangenen Schichten bis zum 31. Januar 1967 dem für den Sitz oder die Verwaltung des Betriebes zuständigen Arbeitsamt einzureichen.

5. Abschnitt III Nr. 17 erhält folgende Fassung:

Die Ausgleichsbeträge für die vom 1. März bis 30. Juni 1966 entgangenen Schichten sollen alsbald nach Prüfung der Listen, spätestens bis zum 31. Oktober 1966 ausgezahlt werden. Die Ausgleichsbeträge für die ab 1. Juli bis 30. November 1966 entgangenen Schichten sollen alsbald nach Prüfung der Listen, möglichst jedoch bis zum 15. März 1967 ausgezahlt werden.

Düsseldorf, den 23. Dezember 1966

Der Arbeits- und Sozialminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Figgen

— MBl. NW. 1967 S. 5.

II.

Ministerpräsident

Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Herr Bundespräsident hat nachstehenden, im Lande Nordrhein-Westfalen wohnhaften Personen den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

| A. Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband | Verleihungsdatum |
|---|------------------|
| Direktor a. D. Alfred Dobbert, ehem. Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Wuppertal-Elberfeld | 10. 8. 1966 |
| B. Großes Verdienstkreuz mit Stern | |
| Verleger Dr. Josef Hofmann MdL, Aachen | 10. 8. 1966 |
| Prof. Dr. Heinrich Niehaus, Bonn | 10. 8. 1966 |
| C. Großes Verdienstkreuz | |
| Direktor Dr.-Ing. Werner Albert, Solingen-Ohligs | 14. 9. 1966 |
| Staatsminister a. D. Dr. Hermann Andersen, Düsseldorf-Oberkassel | 9. 9. 1966 |
| Ministerialdirigent a. D. Otto Baier, Uthweiler bei Siegburg | 27. 7. 1966 |
| Generaldirektor Diplom-Kaufmann Dr. Karl Barich, Dillnhütten (Kreis Siegen) | 30. 9. 1966 |
| Diplom-Volkswirt Walther Coers, Bonn-Ippendorf/Hannover | 18. 10. 1966 |
| Fabrikant Hans Colzman, Langenberg | 2. 8. 1966 |
| Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Daniels, Bonn | 22. 11. 1966 |

Verleihungsdatum

| | |
|--|-------------|
| Direktor Dipl.-Ing. Hellmut Eilsberger, Düsseldorf-Benrath | 2. 8. 1966 |
| Dr. Ernst Friedenthal, Köln-Marienburg | 14. 9. 1966 |
| Dr. Josef Hoffmann, ehem. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., Nußloch bei Heidelberg (früher Bonn) | 4. 7. 1966 |
| Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Husmann, Essen-Stadtwald | 3. 6. 1966 |
| Prof. Dr. Karl Klinke, Düsseldorf | 2. 8. 1966 |
| Prof. Dr. Josef Korte, Aachen | 2. 8. 1966 |
| Dr. jur. Herbert Monjau, Präsident des Landesarbeitsgerichts a. D., Düsseldorf | 24. 8. 1966 |
| Konsul a. D. Peter Rehme, Dortmund | 27. 9. 1966 |
| Ministerialdirigent a. D. Martin Richter, Bonn | 21. 7. 1966 |
| Direktor Fritz Rudolf, Düsseldorf | 2. 8. 1966 |
| Ferdinand Steves, Präsident des Bauernverbandes der Vertriebenen e. V., Neersen (Kreis Kempen-Krefeld) | 14. 9. 1966 |
| Verwaltungsgerichtspräsident a. D. Franz Thiele, Arnsberg | 24. 8. 1966 |
| Prof. Dr. Wilhelm Wernet, Münster (Westfalen) | 8. 7. 1966 |
| Hüttendirektor Diplom-Kaufmann Alexander Wiedenhoff, Mülheim (Ruhr) | 2. 8. 1966 |
| Direktor Dr.-Ing. E. h. Dipl.-Ing. Walter Wunsch, Essen | 24. 8. 1966 |
| D. Verdienstkreuz 1. Klasse | |
| Dr.-Ing. Georg Bremer, Mülheim (Ruhr) | 3. 6. 1966 |
| Oberst a. D. Karl-Ernst Clausnitzer, Bad Godesberg | 8. 7. 1966 |
| Peter Conrads, Solingen-Ohligs | 24. 8. 1966 |
| Carl Fuhr, Heiligenhaus | 13. 5. 1966 |
| Elisabeth Gross, Köln | 26. 9. 1966 |
| Bankdirektor Diplom-Landwirt Dr. Hellmuth Hagenguth, Bonn-Venusberg | 2. 8. 1966 |
| Franz Hamm, Bad Godesberg | 25. 3. 1966 |
| Ministerialrat a. D. Werner Hentrich, Bonn | 2. 8. 1966 |
| Heinrich Hollmann, Neuß | 5. 2. 1966 |
| Bernhard Klein, Recklinghausen | 14. 9. 1966 |
| Albert Lucas, Mülheim (Ruhr) | 23. 6. 1966 |
| Heinrich Overlack, Mönchengladbach | 2. 8. 1966 |
| Prof. Dr. Hendricus Johannes Prakke, Meppen-Zweeloo (Niederlande), Münster | 22. 7. 1966 |
| Prof. Dr. Hugo Reiring, Münster (Westfalen) | 14. 9. 1966 |
| Stadtoberamtmann a. D. Adam Romboy, Mönchengladbach | 23. 6. 1966 |
| Johannes Seifert, Bad Godesberg | 8. 7. 1966 |
| Emil Schäfer, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Ziegelindustrie Bonn, Remscheid | 2. 8. 1966 |
| Dr. Fritz Schleifenbaum, Weidenau (Sieg) | 23. 6. 1966 |
| Verwaltungsdirektor a. D. Paul Schmidt, Düsseldorf | 2. 8. 1966 |
| Ministerialrätin a. D. Dr. Marie-Therese Schmücker, Düsseldorf | 8. 7. 1966 |
| Dipl.-Ing. Rudolf Schoenrock, Essen-Werden | 13. 5. 1966 |
| Dr. Heinrich Schulte-Scherlebeck, Herten (Kreis Recklinghausen) | 3. 9. 1966 |
| Vizepräsident a. D. Hanns Schwarzkopf, Münster | 21. 7. 1966 |
| Oberstudiendirektor a. D. Dr. Erich Ullrich, Aachen | 24. 8. 1966 |
| Wilhelm Wulff, Bildhauer, Soest | 24. 8. 1966 |
| E. Verdienstkreuz am Bande | |
| Anton Bartovsky, Oer-Erkenschwick | 30. 9. 1966 |
| Rechtsanwalt Dr. Hans Bechstein, Düsseldorf | 3. 6. 1966 |
| Bürgermeister Wilhelm Berzborn, Zweifall (Kreis Monschau) | 8. 7. 1966 |
| Lorenz Burmann, Castrop-Rauxel | 24. 8. 1966 |
| Verwaltungsrat a. D. Karl Dehnert, Hamm | 23. 6. 1966 |

Verleihungsdatum

| | |
|---|-------------|
| Heinrich Diers, Blumenthal (Kreis Soest) | 23. 6. 1966 |
| Wilhelm Domin, Oer-Erkenschwick | 30. 9. 1966 |
| Adolf Feller, Beleck | 25. 3. 1966 |
| Heinrich Geise, Horn (Lippe) | 8. 7. 1966 |
| Josef Gerbens, Werl | 2. 8. 1966 |
| Lehrer a. D. Jakob Gerhards, Düren | 2. 8. 1966 |
| Franz Gietler, Oer-Erkenschwick | 30. 9. 1966 |
| Heinrich Gruß, Oberaden (Kreis Unna) | 30. 9. 1966 |
| Wilhelm Haberecht, Friedrichsdorf | 24. 8. 1966 |
| Franz Hansen, Alsdorf | 8. 7. 1966 |
| Oskar Happ, Harth (Kreis Büren) | 24. 8. 1966 |
| Bürgermeister Karl Albert Haß, Brüninghausen (Kreis Altena) | 13. 5. 1966 |
| Franz Jenatschek, Oer-Erkenschwick | 30. 9. 1966 |
| Peter Kamp, Hückelhoven (Kreis Erkelenz) | 2. 8. 1966 |
| Heinrich Kaspers, Neersen | 2. 8. 1966 |
| Heinz Kathert, Düsseldorf | 24. 8. 1966 |
| Clemens Klingelmann, Lippstadt | 8. 7. 1966 |
| Willy Kluge, Paderborn | 24. 8. 1966 |
| August Knoppik, Schiedsmann, Wattenscheid | 3. 6. 1966 |
| Techn. Bundesbahnnamtman a. D. Georg Korner, Münster | 19. 8. 1966 |
| August Kühlenkamp, Schloß Neuhaus | 8. 7. 1966 |
| Rektor a. D. Bernhard Lengsfeld, Ludwigshafen-Mundenheim (früher Warendorf) | 24. 8. 1966 |
| Hermann Loos, Siegen | 24. 8. 1966 |
| Otto Ludolf, Harth (Kreis Büren) | 24. 8. 1966 |
| Josef Lürkens, Alsdorf | 8. 7. 1966 |
| Günter Matthee, Büren | 24. 8. 1966 |
| Wilhelm Mauelshagen, Euelsloch | 2. 8. 1966 |
| Bürgermeister Gustav Meyer, Westkilver (Kreis Herford) | 2. 8. 1966 |
| Rektor a. D. Wilhelm Meyer, Rheydt | 2. 8. 1966 |
| Oberingenieur Max Meyronat, Essen | 24. 8. 1966 |
| Bundesbahnnamtman a. D. Erich Muckerheide, Münster | 19. 8. 1966 |
| Josef Neuß, Imgenbroich | 2. 8. 1966 |
| Justizoberamtmann a. D. Erich Nohl, Krefeld | 8. 7. 1966 |
| Paul Ostmeier, Horn (Lippe) | 24. 8. 1966 |
| Bruno Plaug, Köln | 22. 7. 1966 |
| Friedrich Pottel, Oer-Erkenschwick | 30. 9. 1966 |
| Direktor Rudolf Pottgießer, Lünen | 23. 6. 1966 |
| Amtsbürgermeister Karl Röper, Anröchte (Kreis Lippstadt) | 23. 6. 1966 |
| Rektor a. D. Paul Ronge, Bottrop | 8. 7. 1966 |
| Josef Rupprecht, Opladen | 2. 8. 1966 |
| Oscar Siewert, Mönchengladbach | 23. 6. 1966 |
| Fritz Scharf, Oer-Erkenschwick | 30. 9. 1966 |
| Ernst Scharlau, Oer-Erkenschwick | 30. 9. 1966 |
| Bürgermeister Adam Scheilen, Kohlscheid | 2. 8. 1966 |
| Philipp Schömann, Brauweiler | 3. 6. 1966 |
| Adolf Schöttler, Kempenfeldrom (Kreis Höxter) | 24. 8. 1966 |
| Carola Freifrau von der Schulenburg, Köln-Braunsfeld | 2. 8. 1966 |
| Friedrich Schulz, Schiedsmann, Wattenscheid | 3. 6. 1966 |
| Bürgermeister Otto Schulze-Steinen, Hemmerde (Kreis Unna) | 2. 8. 1966 |
| Chefarzt i. R. Dr. med. Peter Schumacher, Kalenborn über Remagen (früher Mülheim [Ruhr]) | 13. 5. 1966 |
| Gustav Schwalm, Siegen | 24. 8. 1966 |
| Bürgermeister Franz Steimann, Braam-Ostwennemar | 24. 8. 1966 |
| Karl Stockhaus, Schiedsmann, Dortmund-Rahm | 24. 8. 1966 |

| | |
|---|-------------|
| Georg Strathausen, Duisburg | 2. 8. 1966 |
| Bundesbahninspektor a. D. Hermann Stroot, Burgsteinfurt | 31. 8. 1966 |
| Bürgermeister Wilhelm Tebbe, Wülpke (Kreis Minden) | 2. 8. 1966 |
| Dr. jur. Willy Zielinski, Düsseldorf | 24. 8. 1966 |

F. Verdienstmedaille

| | |
|---|-------------|
| Stadtobersekretär a. D. Max Drews, Berleburg | 3. 6. 1966 |
| Rektor a. D. Ferdinand Gödde, Lippstadt | 3. 6. 1966 |
| Bernhard Grewe, Bigge | 30. 9. 1966 |
| Theresia Kupitz, Bigge | 30. 9. 1966 |
| Franziska Linhoff, Effeln (Kreis Lippstadt) | 3. 6. 1966 |
| Else Oesterbeek, Goch | 2. 8. 1966 |
| Lehrer a. D. Paul Perey, Krefeld | 8. 7. 1966 |
| Wilhelm Pilkmann, Benninghausen-Uenninghausen | 24. 8. 1966 |
| Helene Schygulla, Recklinghausen | 24. 8. 1966 |

— MBl. NW. 1967 S. 5.

Innenminister

Personenstandswesen;

Fortbildungskurse in den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln

RdErl. d. Innenministers v. 9. 12. 1966 — I B 3:14.66.12

Die Fortbildungskurse für die Standesbeamten, Standesbeamten-Stellvertreter und die im Personenstandswesen tätigen Sachbearbeiter der Landkreise und kreisfreien Städte in den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln werden im Jahr 1967 nach anliegendem Plan durchgeführt.

Die Kurse werden in meinem Auftrage durch den Fachverband der Standesbeamten veranstaltet; sie dienen der Fortbildung. Der Besuch der Kurse ist Pflicht (§ 37 DA). Standesbeamte oder Sachbearbeiter, die aus dienstlichen oder anderen Gründen an den vorgesehenen Lehrgängen nicht teilnehmen können, haben dies dem Fachverband rechtzeitig mitzuteilen. Die Reisekosten der Teilnehmer sind nach § 57 PStG als sächliche Kosten der Standesämter von den Gemeinden zu tragen.

Ich würde es begrüßen, wenn die Oberkreisdirektoren und Oberstadtdirektoren als Leiter der Aufsichtsbehörden der Standesbeamten es ermöglichen könnten, die Kurse bei Eröffnung oder zu einem anderen geeigneten Zeitpunkt aufzusuchen oder durch einen von ihnen bestimmten Vertreter aufsuchen zu lassen.

Anlage

Plan für die Fortbildungskurse in den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln im Jahr 1967

1 Kreisfreie Städte Düsseldorf und Leverkusen Landkreis Düsseldorf-Mettmann

Am 10. Januar
von 14 bis 17 Uhr
in Düsseldorf, Haus des Deutschen Ostens, Bismarckstraße 90, Zimmer 712, Ostpreußenstube, IV. Etage (Tiefgarage vorhanden);
am 30. März und 26. September
von 14 bis 17 Uhr
in Düsseldorf, neues Studieng Gebäude der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, Fürstenwall — Hans-Böckler-Straße.

2 Kreisfreie Städte Mönchengladbach, Rheydt, Neuß und Viersen
Landkreise Grevenbroich und Erkelenz
Am 12. Januar, 4. April und 28. September
von 14 bis 17 Uhr
in Mönchengladbach, Volksgartenhalle.

3 Kreisfreie Stadt Krefeld
Landkreise Kempen-Krefeld und Moers
Am 17. Januar, 6. April und 10. Oktober
von 14 bis 17 Uhr
in Krefeld, Haus „Et Bröckske“, Marktstraße.

4 Kreisfreie Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen
Landkreis Rhein-Wupper-Kreis
Am 10. Januar, 30. März und 26. September
von 14.30 bis 17.30 Uhr
in Solingen, Sparkassengebäude.

5 Kreisfreie Städte Duisburg, Essen, Mülheim (Ruhr) und Oberhausen
Am 12. Januar, 4. April und 28. September
von 14 bis 17 Uhr
in Oberhausen, Jugendzentrum, Graf-Haeseler-Platz (in der Nähe des Stadttheaters).

6 Landkreise Rees und Dinslaken
Am 17. Januar und 6. April
von 14 bis 17 Uhr
in Wesel, Sitzungssaal Kreishaus;
am 12. Oktober von 14 bis 17 Uhr
in Voerde, Schloß Voerde.

7 Landkreise Geldern und Kleve
Am 19. Januar von 14 bis 17 Uhr
in Kevelaer, Hotel „Dreikönige“, Hauptstraße;
am 13. April von 14 bis 17 Uhr
in Kleve, Stadthalle;
am 28. September von 14 bis 17 Uhr
in Geldern, Stadtkaffee, Markt.

8 Kreisfreie Stadt Köln
Landkreise Köln-Land, Rhein.-Bergischer Kreis und Teile des Landkreises Bergheim
Am 24. Januar, 11. April und 26. September
von 14 bis 17 Uhr
in Köln, Kreisverwaltung, Sitzungssaal, St.-Apern-Straße 21.

9 Kreisfreie Stadt Bonn
Landkreise Bonn-Land, Siegkreis und Euskirchen

Am 26. Januar, 18. April und 3. Oktober
von 14 bis 17 Uhr
in Bonn, Stadthaus (Großer Sitzungssaal).

10 Landkreis Oberbergischer Kreis

Am 19. Januar, 11. April und 10. Oktober
von 14.30 bis 17.30 Uhr

Der Tagungsort wird noch durch den
Fachverband bekanntgegeben.

11 Kreisfreie Stadt Aachen
Landkreise Aachen-Land, Geilenkirchen-Heinsberg
und Jülich

Am 24. Januar, 13. April und 12. Oktober
von 14 bis 17 Uhr
in Aachen, Kreishaus, Sitzungssaal.

12 Landkreis Düren und Teile des Landkreises Bergheim

Am 26. Januar, 18. April und 17. Oktober
von 14 bis 17 Uhr
in Düren, Kreisverwaltung, Sitzungssaal.

13 Landkreis Schleiden

Am 24. Januar, 13. April und 5. Oktober
von 14 bis 17 Uhr
in Schleiden, Kreisverwaltung, Sitzungssaal.

14 Landkreis Monschau

Am 26. Januar, 18. April und 10. Oktober
von 14 bis 17 Uhr
in Monschau, Kreisverwaltung, Gebäude Laufstraße
(Kleiner Sitzungssaal).

— MBl. NW. 1967 S. 8.

Personenstandswesen;

hier: Öffentliche Beglaubigung der Einwilligungserklärung des Amtsvormundes zur Namenserteilung oder zur Eheschließung

RdErl. d. Innenministers v. 9. 12. 1966 — I B 3/14.66.26

Der Bundesgerichtshof hat durch Beschluß v. 20. 6. 1966 — IV ZB 60/66 — entschieden, daß die Einwilligungserklärung zur Namenserteilung gemäß § 1706 Abs. 2 Satz 2 BGB, die von einem gemäß § 37 Satz 2 JWG mit der Ausübung der vormundschaftlichen Obliegenheiten betrauten Beamten oder Angestellten des Jugendamts abgegeben wird, nicht der öffentlichen Beglaubigung bedarf, sofern die Erklärung die sonstigen Erfordernisse einer öffentlichen Urkunde (§ 415 ZPO) erfüllt. Zu diesen Erfordernissen gehört u. a., daß die Erklärung als die einer Behörde zu erkennen, mit dem Dienstsiegel der Behörde versehen und handschriftlich unterzeichnet ist und daß der Ermächtigte berechtigt ist, für das Jugendamt zu zeichnen und dessen Dienstsiegel zu benutzen. Das Gericht hat zur Begründung seiner Entscheidung darauf hingewiesen, daß die Handlungen und Erklärungen des gemäß § 37 Satz 2 JWG Ermächtigten dem Jugendamt zuzurechnen und deshalb Handlungen und Erklärungen dieser Behörde seien.

Entsprechendes gilt für die Einwilligungserklärung gemäß § 3 Abs. 1 Ehegesetz.

Die Ergänzung zu § 263 DA in meinem RdErl. v. 14. 8. 1959 (SMBL. NW. 211) ist damit gegenstandslos. Von einer Streichung der Vorschrift in der SMBL. NW. sehe ich im Hinblick auf die demnächst zu erwartende neue Dienst-anweisung ab.

Der RdErl. ergeht im Einvernehmen mit dem Arbeits- und Sozialminister.

An die Standesbeamten
und ihre Aufsichtsbehörden.

— MBl. NW. 1967 S. 9.

Personenstandswesen;

hier: Rwandisches Eheschließungsrecht

RdErl. d. Innenministers v. 13. 12. 1966 — I B 3/14.55.33

Die Botschaft der Republik Rwanda hat zu der Frage der Eheschließung nach rwandischem Recht folgendes mitgeteilt:

- a) Wollen zwei rwandische Staatsangehörige im Ausland die Ehe miteinander eingehen, so ist für die Formalitäten der Eheschließung und die Beibringung der Heiratspapiere das Recht des Eheschließungsstaates maßgebend. Das gleiche gilt, wenn ein rwandischer Staatsangehöriger im Ausland die Ehe mit einem ausländischen Staatsangehörigen eingehen will.
- b) Will ein rwandischer Staatsangehöriger die Ehe mit einem ausländischen Staatsangehörigen in Rwanda schließen, so muß der ausländische Staatsangehörige nach rwandischem Recht folgende Dokumente beibringen:
 1. einen Geburtsschein,
 2. eine Bescheinigung des diplomatischen Vertreters oder seines Bevollmächtigten in Rwanda, aus der hervorgeht, daß nach Kenntnis dieses Beamten kein Ehehindernis im Sinne des Heimatrechts vorliegt.

Ich gebe von dieser Rechtslage Kenntnis.

An die Standesbeamten
und ihre Aufsichtsbehörden.

— MBl. NW. 1967 S. 9.

Änderung

**des Namens der Gemeinde Reiste,
Landkreis Meschede**

Bek. d. Innenministers v. 13. 12. 1966 — III A 2 — 1620/66

Die Landesregierung hat mit Beschluß vom 29. 11. 1966 den Namen der Gemeinde Reiste, Landkreis Meschede, in

Reiste (Sauerland)

geändert.

— MBl. NW. 1967 S. 9.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr

Bekanntmachung

nach der Wirtschaftsprüferordnung

Bek. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 2. 12. 1966 — III B 3 — 71 — 60

Auf Grund des § 42 des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) vom 24. Juli 1961 (BGBl. I S. 1049) wird bekanntgemacht:

1. Als Wirtschaftsprüfer ist öffentlich bestellt worden:
am 27. Oktober 1966
Dipl.-Kfm. Günter Frettlöhr, Remscheid-Lennep
2. Die folgende öffentliche Bestellung als vereidigter Buchprüfer ist erloschen:
am 28. August 1966, durch Tod
Dipl.-Kfm. Hans Diedrich, Krefeld.

— MBl. NW. 1967 S. 9.

Landtag Nordrhein-Westfalen
— Sechste Wahlperiode (ab 1966) —

BESCHLÜSSE

des Landtags Nordrhein-Westfalen während der 6. und 7. Sitzung (6. Sitzungsabschnitt)
am 6. und 8. Dezember 1966 in Düsseldorf, Haus des Landtags

| Nummer der Tages- ordnung | Drucksache | I n h a l t | Beschlüsse des Landtags vom 6. und 8. Dezember 1966 |
|---------------------------------|------------|---|---|
| 1 | 146 | Antrag der Fraktion der SPD betr. Wahl eines neuen Ministerpräsidenten gemäß Artikel 61 der Landesverfas- sung | Der Antrag wurde eingebracht. (6. 12. 1966) Der Abg. Heinz Kühn wurde in ge- heimer Wahl mit 112 gegen 85 Stim- men zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt. (8. 12. 1966) |
| 2 | | Vereidigung des Ministerpräsidenten | Ministerpräsident Kühn wurde gemäß Artikel 53 der Landesverfassung durch den Landtagspräsidenten vereidigt. (8. 12. 1966) |
| 3 | | Vorstellung und Vereidigung der Minister | Die Minister Willi Weyer Innenminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten Hans Wertz Finanzminister Fritz Holthoff Kultusminister Prof. Dr. Bruno Gleitze Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Dr. Fritz Kaßmann Minister für Bundesangelegenheiten Dr. Hermann Kohlhase Minister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Dr. Dr. Josef Neuberger Justizminister Diether Deneke Minister für Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten Werner Figgen Arbeits- und Sozialminister wurden gemäß Artikel 53 der Landes- verfassung durch den Landtagspräsi- denten vereidigt. (8. 12. 1966) |

Hinweise**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 73 v. 9. 12. 1966**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,50 DM zuzügl. Portokosten)

| Glied.- Nr. | Datum | | Seite |
|----------------|--------------|--|-------|
| 93 | 31. 10. 1966 | Verordnung über den Bau und Betrieb von Anschlußbahnen (BOA) | 488 |

— MBl. NW. 1967 S. 11.

Nr. 74 v. 12. 12. 1966

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

| Glied.- Nr. | Datum | | Seite |
|----------------|--------------|---|-------|
| 20303 | 29. 11. 1966 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Urlaub der Beamten und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen aus besonderen Anlässen | 507 |
| 77 | 25. 10. 1966 | Verordnung über die zuständige Behörde für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens zum Ausbau der Sieg in den Gemeinden Niederschelden (Landkreis Siegen) und Mundersbach (Landkreis Altenkirchen) | 509 |
| 785 | 29. 11. 1966 | Verordnung NW PR Nr. 3/66 zur Änderung der Landesmilchpreisverordnung | 509 |
| | 29. 11. 1966 | Verordnung zur Festsetzung des Wertes der Sachbezüge nach § 160 Abs. 2 Reichsversicherungsordnung für das Kalenderjahr 1967 | 509 |

— MBl. NW. 1967 S. 11.

Nr. 75 v. 13. 12. 1966

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

| Glied.- Nr. | Datum | | Seite |
|----------------|--------------|--|-------|
| 232 | 28. 11. 1966 | Verordnung über die Übertragung der Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde auf die Gemeinde Gimble, Landkreis Münster | 511 |
| 232 | 28. 11. 1966 | Verordnung über die Übertragung der Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde auf die Stadt Greven, Landkreis Münster | 511 |
| 301 | 25. 11. 1966 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuweisung von Wertpapierbereinigungssachen an einzelne Gerichte | 512 |
| 45 | 21. 11. 1966 | Verordnung zur Bestimmung der für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Ausführungsgesetz zum Gesetz für Jugendwohlfahrt zuständigen Verwaltungsbehörden | 512 |

— MBl. NW. 1967 S. 11.

Nr. 76 v. 15. 12. 1966

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

| Glied.- Nr. | Datum | | Seite |
|--------------------|-------------|--|-------|
| 20320 | 5. 12. 1966 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Entschädigung der Gerichtsvollzieher | 514 |
| 20340 | 1. 12. 1966 | Verordnung zur Übertragung disziplinarrechtlicher Zuständigkeiten des Innenministers als oberster Aufsichtsbehörde | 514 |
| 301 760 2170 | 6. 12. 1966 | Verordnung zur Zusammenfassung der den Kammern für Wertpapierbereinigung nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz übertragenen Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse | 514 |
| 7134 | 2. 12. 1966 | Dritte Verordnung zur Durchführung der Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure in Nordrhein-Westfalen — 3. DVOzÖbVermIngBO — | 515 |

— MBl. NW. 1967 S. 11.

Landschaftsverband Rheinland**Bekanntmachung
des Landschaftsverbandes Rheinland**

Betrifft: Mitgliedschaft in der 4. Landschaftsversammlung Rheinland

Herr Hermann Heitmann, Kreisgeschäftsführer, Aachen, Sigmundstraße 5, ist als Nachfolger für den ausgeschiedenen Herrn Regierungsoberinspektor Franz Stettner, MdL, Aachen, Mitglied der 4. Landschaftsversammlung Rheinland geworden.

Gemäß § 7 a Abs. 5 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes, der Amtsordnung und der Landschaftsverbandsordnung vom 20. Dezember 1960 (GV. NW. S. 445) — SGV. NW. 2022 — mache ich diese Feststellung öffentlich bekannt.

Köln, den 14. Dezember 1966

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland
Dr. h. c. Klaus

— MBl. NW. 1967 S. 12.

Einzelpreis dieser Nummer 1,40 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 oder auf das Girokonto 35415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf.
Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post.
Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert.
Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 13,45 DM, Ausgabe B 14,65 DM.